

Protokoll der ersten Sitzung des Unterausschusses „Kinder- und Jugendförderplan“ vom 14.1.2010

Anwesenheitsliste: siehe Anlage 1

TOP 1: Begrüßung durch den Vorsitzenden

Die Vorsitzende, Petra Janke-Schmidt, begrüßte die Anwesenden. Sie verwies auf die vorliegende Unterlagen und die Aufgabe, den Kinder- und Jugendförderplan weiter zu entwickeln und dessen Umsetzung zu begleiten.

Anschließend stellten sich alle Anwesenden in einer kurzen Vorstellungsrunde vor.

Herr Liedtke verwies auf die beiden Aufträge des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes, zum einen, der Jugendarbeit mit einem Finanzplan für die Ratsperiode Planungssicherheit zu schaffen, daneben aber auch eine prozessorientierte, planungsunterstützende Arbeit im JHA zu leisten, um rechtzeitig auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können.

TOP 2: Feststellung der Beschlussfähigkeit, Wahl des Protokollführers

Herr Quiter verwies darauf, dass die Frage, wer stimmberechtigtes Mitglied im Unterausschuss sei, bei Abstimmungen eine Rolle spiele, dass außerhalb von Abstimmungen aber eine rege Diskussion aller Anwesenden erwünscht sei.

Da alle stimmberechtigten Mitglieder oder deren Vertretung anwesend waren, **konnte die Beschlussfähigkeit festgestellt werden.**

Als Protokollführer für den Unterausschuss wurde ohne Einwände Klaus Engels bestimmt.

TOP 3: Rückblick auf den Unterausschuss der letzten Ratsperiode

Frau Janke-Schmidt schlug vor, diesen Tagesordnungspunkt (ursprünglich TOP 4) vorzuziehen. Sie verwies auf die vorliegende Dokumentation, die alle Mitglieder des Unterausschusses erhalten hatten. In den Beratungen seien einige Fragen offen geblieben, mit denen sich der neue Unterausschuss nun befassen müsse. Sie verwies unter anderem auf den geplanten Jugendschutztag (3.1), den Jugendstadtrat (8.1) und die Jugendplätze (6.2) sowie auf die Zuschussrichtlinien, die bereits heute Thema seien. Jürgen Misch ergänzte als ein ihm besonders wichtiges Thema die Förderung des sozialen Engagements Jugendlicher (11).

TOP 4: Planungsschritte und Terminübersicht

Frau Janke-Schmidt stellte eine Terminübersicht vor und verwies auf die Anbindung der vorgesehenen Unterausschuss-Termine an die bereits feststehenden Termine des JHA, um die Ergebnisse der Beratungen im Unterausschuss zeitnah dem JHA zur Beratung und Entscheidung vorlegen zu können. So sollen die Zuschussrichtlinien zur Förderung der Jugendarbeit heute beraten und in der JHA-Sitzung am 23.2.2010 beschlossen werden, damit diese schon für 2010 ihre Gültigkeit erlangen können. Ebenso sollen in der nächsten Unterausschusssitzung die Satzung und die Wahlordnung des Jugendstadtrates beraten werden, damit nach Beschluss im JHA die ersten Wahlen in der letzten Märzwoche 2010 stattfinden können.

Zunächst sind sechs Sitzungen des Unterausschusses geplant, zu denen jeweils Themenschwerpunkte vorgeschlagen wurden. Es solle jedoch auch auf aktuelle Entwicklungen reagiert werden. Gegebenenfalls werden zu den Sitzungen weitere Fachkräfte eingeladen. Die genauen Termine wurden gemeinsam abgestimmt (Anlage 2). **Der vorgelegte Zeitplan wurde ohne Einwände verabschiedet.**

TOP 5: Handlungsfeld Jugendverbandsarbeit - Änderung der Zuschussrichtlinien.

Herr Körber stellte die von einer Arbeitsgruppe des Stadtjugendrings in Absprache mit der Stadtverwaltung erarbeiteten Änderungsvorschläge vor. Neben rein redaktionellen Änderungen, Änderungen beim Mindestalter von Teilnehmern sowie bei Antragsfristen, waren dies vor allem die Erhöhung der Fördersätze sowie die Einrichtung eines neuen Fördertopfes, für die Bezuschussung der „alltäglichen Arbeit“ als eine Grundförderung. Insgesamt entstünden durch diese Änderungen Mehrkosten in Höhe von ca. 32.500 € (gerechnet auf den Antragszahlen des Jahres 2008), wenn auch weiterhin, wie in den letzten Jahren, die Fördersätze zu 100% ausgezahlt werden sollen. Er verwies darauf, dass die Fördersätze seit sicher 20 Jahren nicht erhöht worden seien.

Herr Liedtke erklärte, der Wechsel von der bisherigen rein teilnehmer- und maßnahmenorientierten Förderung hin zu einer Strukturförderung sei ein interessanter Ansatz. Grundgedanke sei eine Kombination von Absicherung und Aktivierung. Es gebe jedoch die Gefahr, dass im Einzelfall eine doppelte Strukturförderung mit aus anderen Fördertöpfen, z.B. der offenen Jugendarbeit, erfolgen könne. Dies müsse ausgeschlossen werden.

Frau Lüders und Frau Schulenburg begrüßten die vorgeschlagenen Änderungen, baten aber um eine ausführliche Begründungshilfe, um in den Fraktionen die Erhöhung der Fördermittel entgegen dem Zwang zu Einsparungen durchsetzen zu können.

Herr Kourkoulos verwies darauf, dass diese zusätzliche Grundförderung auch als Ersatz für Kinder angesehen werden könne, die sich keine Mitgliederbeiträge bei Jugendgruppen leisten könnten. Er regte an, zu prüfen, ob nicht die Sonderförderung für sozial bedürftige Teilnehmer, die es bisher nur für Freizeiten gebe, auch auf die Feriennaherholungen ausgeweitet werden könne, um Benachteiligungen freier Träger durch die Ermäßigungsmöglichkeiten bei städtischen Aktionen über den Sankt Augustin-Ausweis auszugleichen.

Weiterhin verwies er darauf, dass andere Kommunen, anders als Sankt Augustin, ortsfremden Trägern auch dann keine Zuschüsse zahlen, wenn diese Sankt Augustiner Kinder betreuen. Herr Quiter bestätigte, dass die Angleichung von Zuschussrichtlinien auf Jugendamtsleiterenebene besprochen wurde, es jedoch nicht zu einer Einigung gekommen sei. Es sei allein Entscheidung der Stadt Sankt Augustin, kulant gegenüber auswärtigen Trägern zu sein, die Sankt Augustiner Kinder auf Ferienfreizeiten mitnehmen. Herr Liedtke erinnerte an eine entsprechende Initiative des Kreisjugendrings, die von Sankt Augustin abgelehnt worden sei, weil eine Angleichung Nachteile für die Sankt Augustiner Träger gebracht hätten. Jürgen Misch verwies auf die positive Signalwirkung, wenn Sankt Augustin auch weiter die Teilnahme Sankt Augustiner Kinder bei externen Trägern fördert.

Auf Nachfrage von Frau Silber-Bonz erklärte Herr Misch, dass der Bedarf bei Feriennaherholungen steige, bei Freizeiten dagegen zurück gehe. Herr Liedtke verwies auf die enorm gestiegenen Kosten für Freizeiten, die auf die Teilnehmergebühr umgelegt werden müssen. Freizeiten seien für viele zu teuer, sodass sie auf Feriennaherholungen ausweichen müssten. Frau Janke-Schmidt hob die besondere pädagogische Bedeutung von Freizeiten für die Persönlichkeitsentwicklung und Förderung der teilnehmenden Kinder hervor.

Zum Schluss der Diskussion erklärte Herr Quiter, dass die Innovationen im Bereich der Grundförderung vom Fachamt für gut befunden würden und die Erhöhung der Sätze zur Inflationsanpassung mitgetragen werden, und empfahl deren Umsetzung. Die Änderungen sollen farblich markiert als Anlage dem Protokoll beigefügt werden (Anlage 3), ebenso eine Begründungshilfe (Anlage 4), um eine Beratung in den Fraktionen zu ermöglichen. In der nächsten Sitzung des Unterausschusses soll das Thema erneut beraten und eine Beschlussempfehlung für den JHA am 23.1.2010 abgestimmt werden.

Die Mehrkosten in Höhe von ca. 32.500 € seien bisher noch nicht in der Haushaltsplanung für 2010 berücksichtigt, aus Sicht des Fachamtes werde aber die Erhöhung des Haushaltsansatzes empfohlen. Da das Haushaltsverfahren bereits weit fortgeschritten sei, sei nicht sicher, ob eine Erhöhung noch für 2010 möglich werde.

Nach Abschluss dieses Tagesordnungspunktes verabschiedeten sich Herr Maas und Frau Janke-Schmidt wegen anderer Termine. Die Sitzungsleitung übernahm Herr Körber.

TOP 6: Aktuelle Infos aus weiteren Handlungsfeldern

Partizipation

Herr Engels verteilte den von den Jugendlichen in der vorbereitenden Gruppe erstellten Flyer und erläuterte den Zeitplan für die Einrichtung des Jugendstadtrates.

Am 29.1.2010 findet die konstituierende Sitzung des Jugendstadtrates statt, auf der die Satzung und Wahlordnung diskutiert und verabschiedet werden soll. Außerdem werden erste Themen besprochen. Hierzu werden von Schulen, Jugendeinrichtungen und Jugendgruppen Abgeordnete entsandt.

Satzung und Wahlordnung werden am 2.2.2010 in der 2. Sitzung des Unterausschusses Thema sein und dann in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.2.2010 verabschiedet werden.

Die ersten Wahlen sollen vom 22. bis 26. 3. 2010 stattfinden, direkt vor den Osterferien.

Ferienaktionen

Die Anmeldungen für die städtischen Ferienaktionen, unter anderem die Kinderstadt 2010, beginnen am Montag, dem 18.1.2010. Der Ferienkalender 2010 sowie die gemeinsame Broschüre der in Sankt Augustin tätigen Trägern von Ferienmaßnahmen (Stadtjugendring, Fachkreis Ferien und Stadtverwaltung) wurden vorgestellt.

„Prädikat Kinderfreundlich“

Das „Prädikat Kinderfreundlich“ wird 2010 wieder, wie alle zwei Jahre, von Sankt Augustiner Kinder- und Jugendparlament an Einrichtungen, Initiativen oder Personen vergeben, die sich besonders für die Interessen der Kinder einsetzen.

Der Landschaftsverband, der 1991 diese Auszeichnung erstmals initiiert hatte, hat nun kurzfristig um Meldung einer geeigneten Initiative für das landesweite „Prädikat Kinderfreundlich“ gebeten. Herr Liedtke bat um Vorschläge hierfür. Dazu stellte Herr Engels eine Übersicht der bisherigen Sankt Augustiner Preisträger vor (Anlage 5). Es können auch städtische Initiativen und Angebote vorgeschlagen werden.

Frau Schulenburg schlug die Kinderstadt „Augustin Junior“ vor. Frau Lüders unterstützte diesen Vorschlag und schlug zusätzlich die Beteiligung der Jugendlichen bei der Errichtung der Skateranlage vor.

Da wegen der Kürze der Zeit bis zum Einsendeschluss am 31.1.2010 kein politischer Beschluss mehr herbeigeführt werden könne, schlug Herr Liedtke vor, die beiden Vorschläge des Unterausschusses mit dem zuständigen Mitarbeiter beim LVR zu besprechen und den erfolgversprechendsten Vorschlag einzureichen.

Ende der Sitzung

Herr Körber bedankte sich für die Mitarbeit und schloss die Sitzung gegen 20.10 Uhr.

.....
Klaus Engels
(Protokollführer)

.....
Petra Janke-Schmidt
(Vorsitzender des Unterausschusses)